



# **GERECHTER ANTEIL AM WOHLSTANDS- ZUWACHS DURCH KRÄFTIGE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN**

**Aktuelle Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung**



Dr. Josef Moser, MBA

Dr. Johann Kalliauer

## KRÄFTIGE LOHN- UND GEHALTSERHÖHUNGEN SIND GERECHT UND ÖKONOMISCH SINNVOLL!

Bereits 2012 droht die wirtschaftliche Erholung der letzten beiden Jahre wieder zu Ende zu gehen. Nach der Überwindung des massiven rund vierprozentigen Wirtschaftseinbruchs 2009 wuchs die jährliche Wirtschaftsleistung (BIP) 2010 um rund zwei Prozent. Für 2011 wird sich das reale Wachstum auf drei Prozent erhöhen. Für 2012 aber sind die Konjunkturaussichten mit einem weniger als zweiprozentigen BIP-Anstieg deutlich schlechter.

Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer/-innen mit der Produktivitäts- und Preissteigerung nicht mithalten. Entwickelt sich die Kaufkraft der Einkommen der meisten Menschen schwach oder sogar negativ, wie

2010 geschehen und für 2011 prognostiziert, kann weniger für die produzierten Güter und Dienstleistungen ausgegeben werden. 2010 bis 2012 wird der reale private Konsum, das sind die gesamten Konsumausgaben aller Haushalte, nur um rund ein Prozent pro Jahr steigen. Das trübt die Absatzaussichten der Unternehmen. Zudem gehen auch von der öffentlichen Hand aufgrund der – teils selbst auferlegten – Sparpolitik eher dämpfende Signale aus. Die Zuwächse beim Export sind höher, verlangsamen sich aber und sind mit hohen internationalen Risiken behaftet.

Nur wenn es gelingt, nach Jahren des Rückgangs den Lohnanteil an der erarbeiteten Wertschöpfung zumindest zu stabili-

isieren und den Arbeitnehmern/-innen einen ihrer Produktivität entsprechenden Anteil am erwirtschafteten Reichtum zu sichern, entsteht dringend nötige zusätzliche Kaufkraft.

In einem der wirtschaftlich reichsten Länder der Welt ist ein Leben ohne Armut, eine Gesellschaft mit ausgewogener Verteilung von Einkommen, Vermögen und Steuern sowie mit guten und ausreichend vielen Arbeitsplätzen verwirklicht. Ein nachhaltiger Wachstumspfad kann nur mit kaufkräftiger Konsumnachfrage, produktiven Unternehmensinvestitionen und öffentlichen Impulsen erreicht werden.

A handwritten signature in blue ink that reads "Josef Moser".

Dr. Josef Moser, MBA

Direktor der Arbeiterkammer Oberösterreich

A handwritten signature in blue ink that reads "Johann Kalliauer".

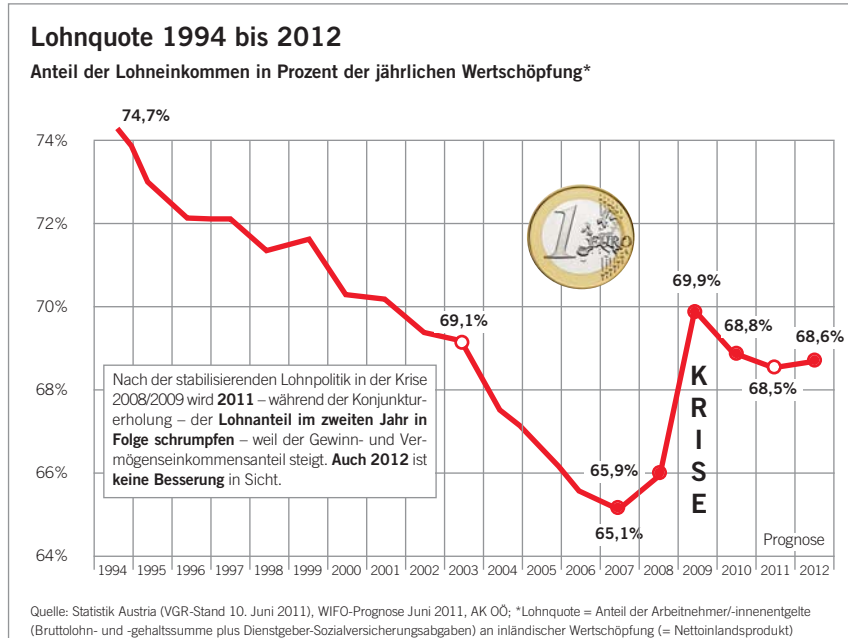
Dr. Johann Kalliauer

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

# VERLUSTE BEI LÖHNEN – UNGEZÜGELTE GEWINNE UND ERTRÄGE AUS VERMÖGENSBESITZ

## LOHNANTEIL SCHRUMPFT WEITER

68,5 Prozent der bei der Produktion in Österreich erarbeiteten Wertschöpfung werden 2011 als Lohn und Gehalt an die Arbeitnehmer/-innen fließen. Somit hat sich in der wirtschaftlichen Erholung nach Überwindung des Krisenjahrs 2009 die Lohnquote um mehr als einen Prozentpunkt verringert. Im gleichen Ausmaß ist der Gewinn- und Vermögenseinkommensanteil gestiegen. Mitte der 1990er machte der Lohnanteil noch fast drei Viertel der inländischen Wertschöpfung aus. Mit aktuell weniger als 69 Prozent unterschreitet die Lohnquote das Niveau von 2003. Ein Prozentpunkt mehr oder weniger beim Lohnanteil bedeutet 2011 rund 2,2 Milliarden Euro mehr oder weniger für die Arbeitnehmer/-innen:



” *Trotz der sinkenden Lohnquote bestimmen die **Löhne und Gehälter** nach wie vor die **Einkommenssituation des überwiegenden Teils der österreichischen Bevölkerung.***“

WIFO („Entwicklung und Verteilung der Einkommen“, Dezember 2010)

## ARBEITSLOSIGKEIT SCHWÄCHT GEWERKSCHAFTLICHE LOHNPOLITIK

Die Ursache für die bereits viele Jahre andauernde Umverteilung von den Lohneinkommen hin zu den Gewinn- und Besitzeinkommen liegt insbesondere in der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt. Ist die Arbeitslosigkeit hoch bzw. bewerben sich viele Arbeitssuchende um die zu wenigen Arbeitsstellen, wird die lohnpolitische Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt. Die effektiven Lohneinkommen werden

dadurch gedrückt, dass die Unternehmen die Überzahlungen, die über das kollektivvertragliche Mindestlohniveau hinausgehen, kürzen oder zur Gänze streichen. Zudem wirkt sich die Verschiebung der Beschäftigung zu gewerkschaftlich schwerer zu organisierenden Dienstleistungsbranchen und der Trend zu atypischen bzw. niedrigstbezahlten Jobs dämpfend auf die Lohnentwicklung aus. Es ist aber nicht etwa die

Teilzeitarbeit als solche, die wegen des geringeren Arbeitszeit- und Lohnausmaßes die Lohnquote drückt. Würde jede Tätigkeit, egal ob Voll- oder Teilzeit, ihrem durchschnittlichen Beitrag zur Wertschöpfung entsprechend entlohnt, bliebe die Lohnquote stabil! Die Lohnquote sinkt, weil eben die Entlohnung seit langem langsamer steigt als die Produktivität.

” *Wenn man „einen **stabilen Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung** haben will, müssen Löhne im Ausmaß der **Inflation plus der Produktivitätsentwicklung** steigen.“*

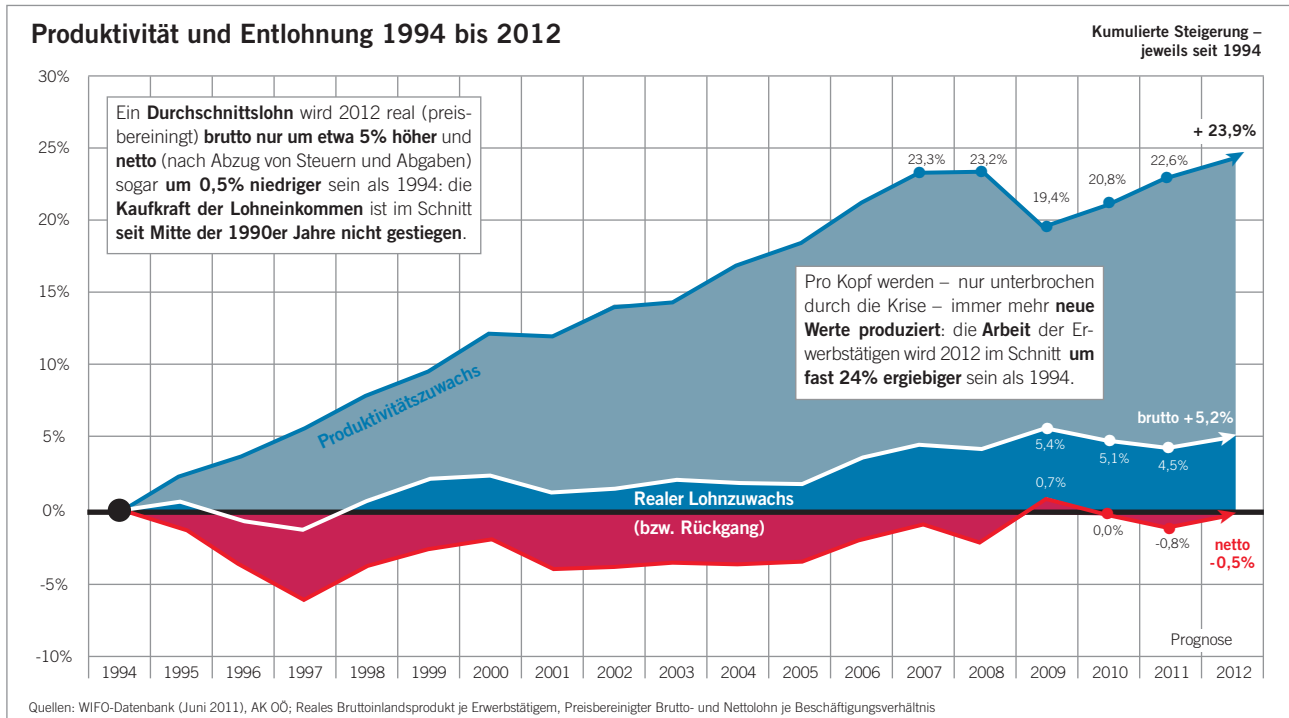
WIFO-Chef Karl Aiginger (in: Der Standard, 22. August 2011)

## PRODUKTIVITÄT WÄCHST, ABER LOHN IST SO NIEDRIG WIE MITTE DER 1990ER

Obwohl Erwerbstätige im Schnitt immer produktiver werden, bleibt der Lohnzuwachs zurück. Und das schon seit Jahren. 2012 werden Beschäftigte durchschnittlich um fast ein Viertel produktiver als 1994 arbei-

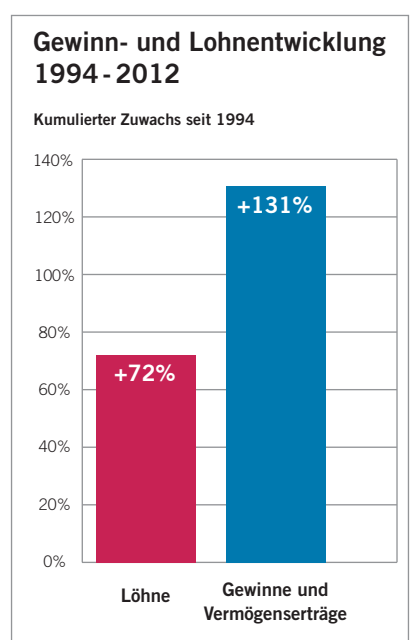
ten, also um rund 24 Prozent mehr Werte schaffen. Doch ihre dafür gezahlten Löhne oder Gehälter sind real – also nach Abzug der Inflation – brutto nur etwa fünf Prozent höher, weil der Großteil des Produktivitäts-

zuwachses in Gewinn- und Besitzeinkommen fließt. Und netto ist ein heutiges Durchschnittseinkommen real sogar etwas niedriger als vor zwei Jahrzehnten!



## HOHE GEWINNE UND ENORME DIVIDENDEN SIND ÖKONOMISCH UNKLUG

Dass Arbeit in der Verteilung der Einkommen verliert, aber Unternehmensgewinne und Vermögenserträge massiv steigen, ist sozial ungerecht und zudem gesamtwirtschaftlich schädlich. Bleibt die Massenkraft durch die Arbeitseinkommen zurück, dämpft das die inländische Nachfrage und somit die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen. Steht zugleich der Staat unter einem – teils selbst auferlegten – Spardruck, fehlen auch von öffentlicher Seite Nachfrageimpulse. So bleiben nur die Zuwächse beim Export, die aber den Makel haben, die Abhängigkeit von ausländischer Nachfrage zu steigern. Zudem beruhen die österreichischen Exporterfolge darauf, dass Österreich – wie auch Deutschland – unsolidarisch durch relativ zur Produktivität zu niedrige Löhne Marktanteile auf Kosten anderer Länder ausweitet.



Gesamtwirtschaftlich hat sich die Entwicklung von Gewinnen und Vermögenserträgen deutlich vom Lohnzuwachs abgekoppelt. 2012 haben sie sich im Vergleich zu 1994 mit einem Plus von 131 Prozent mehr als verdoppelt. Das geht auf Kosten der Lohnsumme, die nur um 72 Prozent zulegen konnte. Obwohl die Gewinne steigen, bleiben Beschäftigungsentwicklung und Investitionen schwach. Das bedeutet, dass Gewinne nur zum Teil produktiv investiert werden. Ein hohes Ausmaß fließt als Dividenden in die Hände der Aktionäre/-innen und wird für Firmenaufkäufe sowie spekulative Finanzanlagen verwendet.

## ABBAU VON ARBEITSPLÄTZEN TROTZ SPRUDELNDER PROFITE UND DIVIDENDEN

Profite und Dividenden sprudeln besonders in den börsennotierten Top-Unternehmen (ATX). Mit 5,3 Milliarden Euro ist das Gewinnniveau der von der AK Wien untersuchten Unternehmen bereits im Mai 2011 wieder auf das Vorkrisenniveau angestiegen.

Und mit 2,1 Milliarden Euro können sich die Aktionäre/-innen 2011 über enorme Dividenden freuen, während die Beschäftigung in diesen österreichischen Leitbetrieben – nach 20.000 Jobverlusten 2009 bis 2010 – um weitere 4.000 Arbeitsplätze verringert

wurde. Würden sich die Aktionäre/-innen mit weniger Dividenden begnügen, könnten viele Arbeitsplätze gesichert werden. 13.000 Arbeitsplätze könnten alleine mit einem Viertel des Ausschüttungsvolumens finanziert werden. (Quelle: AK Wien Mai 2011)

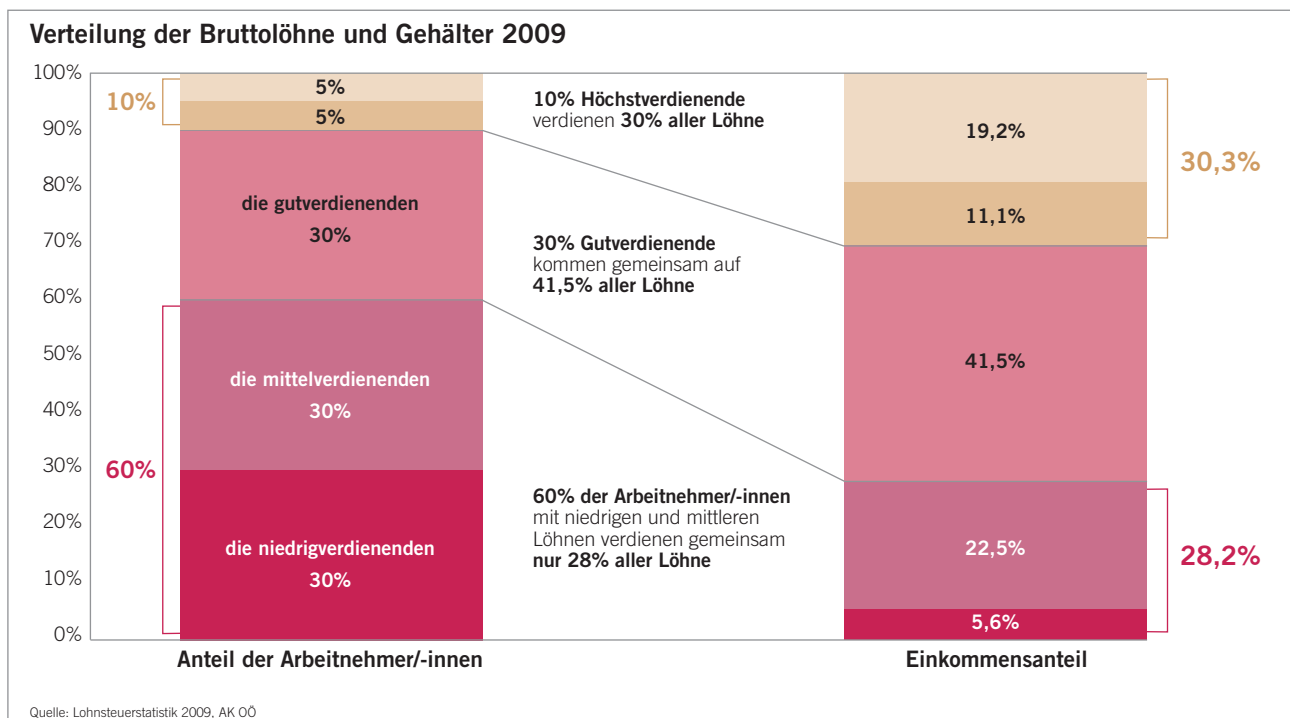
## LOHN-UNGLEICHHEIT WÄCHST

### DIE BESTVERDIENENDEN ZEHN PROZENT VERDIENEN ZUSAMMEN MEHR ALS 60 PROZENT KLEIN- UND MITTELVERDIENENDE

Auch die Lohn- und Gehälter sind sehr ungleich verteilt. Denn von der gesamten im Jahr 2009 ausbezahlten Bruttolohn- und -gehaltssumme bekommen 2,4 Millionen Klein- und Mittelverdienende, das sind 60

Prozent der Arbeitnehmer/-innen, zusammen gerade einmal 28 Prozent bzw. knapp 31,3 Milliarden Euro. Das einkommensstärkste Zehntel der Beschäftigten, rund 400.000 Höchstverdienende, hat 30,3 Pro-

zent bzw. 33,7 Milliarden Euro auf sich vereint. Diese Ungleichverteilung hat sich im Vergleich zum Vorjahr noch ausgeweitet.



Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich die Verteilung deutlich zugunsten der Hochverdienenden verschoben. Ursache sind überdurchschnittliche Einkommenssteigerungen bei den Spitzenverdienenden und unterdurchschnittliche Zuwächse für Gut-, Mittel- und Niedrigverdiener/-innen. Seit 1995 beträgt das durchschnittliche nominelle Einkommensplus pro

Kopf 41 Prozent beim oberen Zehntel, 35 Prozent beim gutverdienenden Drittel, 22 Prozent beim mittelverdienenden Drittel und ein halbes Prozent (!) bei den Niedrigentlohnenden. Während der kleinen Gruppe der Einkommensstärksten noch weitere Erträge aus Kapital und Vermögen (Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen etc.) zufließen, müssen alle anderen mit

den teils mageren Zuwächsen auskommen. Die geringsten Einkommen werden bei geringfügiger und Teilzeitbeschäftigung sowie bei niedrigentlohnenden Vollzeitjobs bezahlt, wovon überwiegend Frauen betroffen sind.

## WIE HOCH SIND HOHE EINKOMMEN?

### TOP-MANAGER/-INNEN VERDIENEN SO VIEL WIE 41 MITARBEITER/-INNEN

Eine Führungskraft verdiente 2010 in Österreich mit im Schnitt 186.200 Euro um fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Für so einen Bezug müsste ein/e Arbeitnehmer/-in durch-

schnittlich rund sieben Jahre arbeiten. Die Top-Manager/-innen in börsennotierten Unternehmen (ATX) kassierten 2010 pro Kopf mit 1,15 Millionen Euro um fast 20 Prozent

mehr als 2009. Ein/e Manager/-in verdient somit soviel wie 41 in diesen Betrieben arbeitende Beschäftigte.

(Quelle: WDF Mai 2010 und AK Wien Juni 2010)

Besonders abgehobene Jahres-Gagen gönnen sich folgende Manager:

Durchschnittliche Management-Gagen 2010 in Börse-Unternehmen:		Individuelle Management-Gagen 2010 in Börse-Unternehmen		
OMV	2,21 Mio. €	Siegfried Wolf <sup>1)</sup>	Magna	10,80 Mio. €
Andritz	1,95 Mio. €	Peter Löscher <sup>2)</sup>	Siemens	10,00 Mio. €
Raiffeisen Bank International	1,54 Mio. €	Helmut Langanger <sup>3)</sup>	OMV	3,28 Mio. €
Erste Group Bank	1,42 Mio. €	Andreas Treichl	Erste Group Bank	2,80 Mio. €
RHI AG	1,23 Mio. €	Hans Peter Haselsteiner	Strabag	2,50 Mio. €
Strabag	1,17 Mio. €	Wolfgang Ruttenstorfer	OMV	2,49 Mio. €
Verbund	0,84 Mio. €	Wolfgang Eder <sup>4)</sup>	voest-alpine	1,30 Mio. €
Telekom Austria AG	0,80 Mio. €	Johann Kowar	Conwert Immobilien Invest	1,02 Mio. €

Quelle: AK Wien Mai 2011, auf Basis von Geschäftsberichten; inkl. Aktienoptionen und Abfertigungen, wenn dies ausgewiesen war  
 1) bis November 2010 bei Magna, Quelle: Format 15/11    2) inkl. „Altersversorgung“, Quelle: Kurier 3.12.2010    3) bis 30.9.2010, inkl. Abfertigung    4) Quelle: News 31/11

## EINKOMMENSITUATION IN OBERÖSTERREICH

### LÖHNE IN OBERÖSTERREICH SIND NETTO REAL KAUM HÖHER ALS 1994!

Oberösterreichs Arbeitnehmern/-innen wurden laut Lohnsteuerstatistik im Jahr 2009 Löhne und Gehälter von insgesamt 18,8 Milliarden Euro brutto ausbezahlt, knapp 67 Prozent mehr als 1994. Die gesamte Lohnsteuersumme hingegen hat sich mit einer Steigerung von rund 99 Prozent fast verdoppelt. Österreichweit ist im selben Zeitraum die Bruttolohnsumme um mehr als 56 Prozent auf 111,1 Milliarden angewachsen. Die Beschäftigten haben 2009 dafür 16 Milliarden Euro Lohnsteuer (+ 84 Pro-

zent) bezahlt. Nicht jede nominelle Brutto-Lohnsteigerung bedeutet eine höhere Kaufkraft. Durch Inflation und Anwendung einer höheren Steuerstufe bleibt in manchen Fällen vom Lohnplus netto und real nicht viel übrig. Die erforderliche Anpassung der Steuertarife an die Preisentwicklung ist bisher ausgeblieben.

Ein oberösterreichischer Arbeitnehmer/ eine oberösterreichische Arbeitnehmerin des Jahres 2009 konnte sich netto und nach

Abzug der Preissteigerung im Schnitt nur knapp drei Prozent mehr leisten als Durchschnittsverdienende Mitte der 1990er. Bundesweit macht das Plus weniger als ein Prozent aus. Wäre die Lohnsteuersumme im gleichen Ausmaß wie die Lohnsumme gewachsen, dann hätten die Arbeitnehmer/-innen 2009 um 2,4 Milliarden Euro (ÖÖ: 407 Millionen Euro) weniger Lohnsteuer bezahlt. Das sind pro Arbeitnehmer/-in rund 600 Euro!

### OBERÖSTERREICHS FRAUEN: TROTZ VOLLZEIT UM 28,5 PROZENT WENIGER LOHN

Im Bundesländervergleich verdienen die oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt mit nur 19.560 Euro brutto im Jahr (Ö: 21.130 Euro) am drittniedrigsten. Der Jahresbezug der Männer ist mit im Schnitt 34.680 Euro (Ö: 34.090 Euro) bundesweit am zweithöchsten. Einkommens-

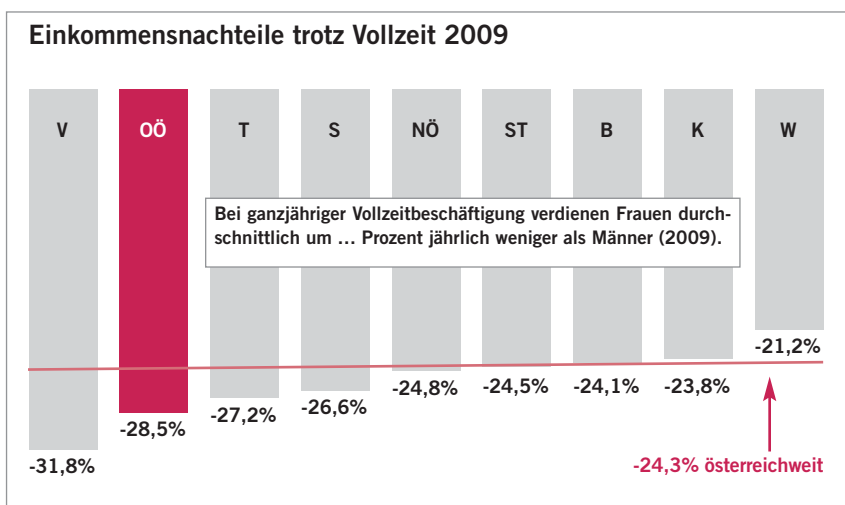
unterschiede sind aber nicht nur auf die bei Frauen häufigere Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen.

Denn auch bei ganzjähriger Vollzeit verdienen weibliche Beschäftigte viel weniger als Männer, nämlich um 12.170 Euro pro Jahr



bzw. um 28,5 Prozent in Oberösterreich (Ö: 10.700 Euro bzw. 24,3 Prozent). Damit belegt unser industriestarkes Bundesland mit seiner hohen geschlechtsspezifischen Teilung des Arbeitsmarkts den zweitschlechtesten Platz. Die Verringerung des prozentuellen Einkommensunterschieds im Vergleich zu 2008 rührt daher, dass 2009 die Löhne der in der (von Wirtschaftseinbruch und Kurzarbeit stark betroffenen) Produktion beschäftigten Männer vergleichsweise niedriger gestiegen sind als jene der Frauen.

Quellen: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 2009, AK-Berechnungen; Einkommensnachteil anhand des durchschnittlichen Bruttojahreseinkommens ganzzährig Vollzeitbeschäftigter (Pro-Kopf-Werte), Basis für die regionale Zuordnung ist der Wohnort (nicht Arbeitsort).

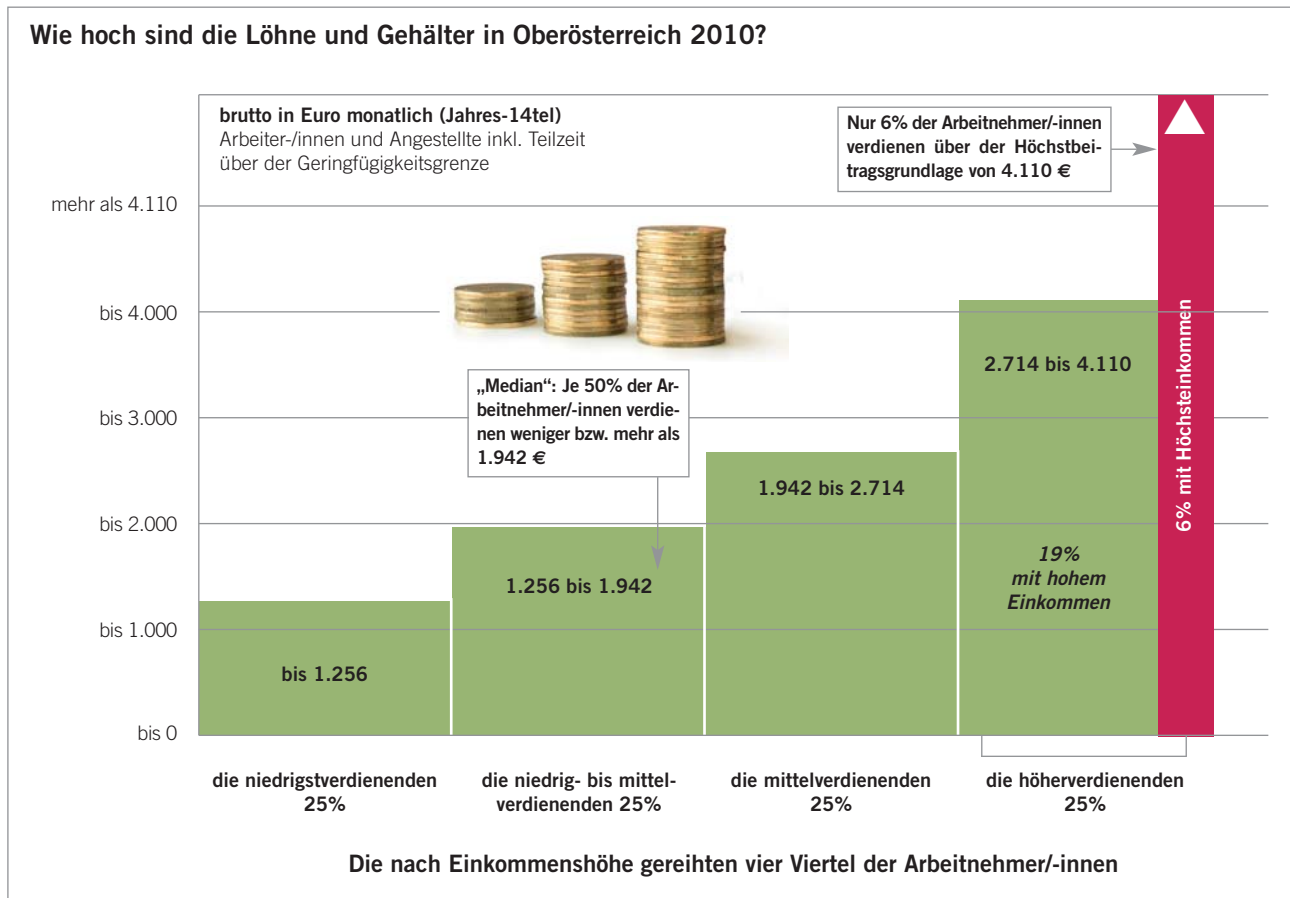


## MITTLERES MONATSEINKOMMEN 2010 IN OBERÖSTERREICH: 1940 EURO

Rund 1940 Euro brutto betrug 2010 laut noch vorläufigen Daten das „mittlere“ Monatseinkommen oberösterreichischer Arbeit-

nehmer/-innen. Je die Hälfte der 509.600 Beschäftigten verdiente weniger bzw. mehr als diesen Medianwert. Im Vergleich zu

2009 ist das mittlere Lohn- bzw. Gehaltseinkommen nominell nur um 1,2 Prozent angestiegen.



Ein Bruttoeinkommen, das die Höchstbeitragsgrundlage (4110 Euro im Jahr 2010) übersteigt, erhielten knapp 30.700 Perso-

nen, das entspricht gerade einmal einem Beschäftigtenanteil von sechs Prozent. Männer verdienten im Monat etwa 2350 Euro,

Frauen aber nur 1400 Euro bzw. 40 Prozent weniger (alle Daten inkl. Teilzeit über der Geringfügigkeitsgrenze).

Monatliche Bruttoeinkommen 2010 IN OBERÖSTERREICH			
Jahres-14tel vorläufige Daten	ein Viertel aller Beschäftigten („1. Quartal“)	die Hälfte aller Beschäftigten („Median“)	drei Viertel aller Beschäftigten („3. Quartal“)
	verdient weniger als ... €	verdient weniger als ... €	verdienen weniger als ... €
<b>Gesamt</b>	1.256	<b>1.942</b>	2.714
Frauen	945	<b>1.405</b>	2.011
Männer	1.783	<b>2.355</b>	3.190
<b>Arbeiter/-innen</b>	1.194	<b>1.801</b>	2.339
Frauen	789	<b>1.144</b>	1.525
Männer	1.643	<b>2.085</b>	2.551
<b>Angestellte</b>	1.311	<b>2.142</b>	3.215
Frauen	1.066	<b>1.604</b>	2.277
Männer	2.187	<b>3.082</b>	4.024

Bezirke mit den niedrigsten Bruttolöhnen für Arbeiterinnen von rund 1000 Euro oder weniger sind Freistadt, Rohrbach, Urfahr-Umgebung, Eferding und Schärding. Die höchsten Bruttogehälter (Median: 3574 Euro) werden männlichen Angestellten in Steyr Stadt gezahlt:

Monatliche Bruttoeinkommen 2010 IN DEN BEZIRKEN									
am Arbeitsort	Gesamt			Arbeiter/-innen			Angestellte		
(vorläufige Daten)	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Braunau	<b>1.946</b>	1.473	2.289	<b>1.836</b>	1.349	2.085	<b>2.259</b>	1.636	3.111
Eferding	<b>1.636</b>	1.264	2.024	<b>1.419</b>	1.005	1.786	<b>1.962</b>	1.522	2.654
Freistadt	<b>1.534</b>	1.086	2.037	<b>1.447</b>	881	1.899	<b>1.631</b>	1.281	2.607
Gmunden	<b>1.902</b>	1.314	2.311	<b>1.843</b>	1.160	2.139	<b>2.013</b>	1.470	3.068
Grieskirchen	<b>1.871</b>	1.286	2.232	<b>1.841</b>	1.092	2.095	<b>1.949</b>	1.449	2.862
Kirchdorf/Kr.	<b>1.985</b>	1.478	2.291	<b>1.893</b>	1.373	2.123	<b>2.242</b>	1.591	3.046
Linz-Land	<b>1.971</b>	1.347	2.288	<b>1.852</b>	1.179	2.061	<b>2.229</b>	1.549	3.133
Linz-Stadt	<b>2.048</b>	1.542	2.613	<b>1.770</b>	1.150	2.165	<b>2.218</b>	1.726	3.156
Perg	<b>1.881</b>	1.280	2.311	<b>1.794</b>	1.055	2.106	<b>2.066</b>	1.474	3.245
Ried i.l.	<b>1.853</b>	1.320	2.151	<b>1.767</b>	1.113	1.983	<b>2.075</b>	1.514	2.856
Rohrbach	<b>1.583</b>	1.140	2.031	<b>1.535</b>	950	1.983	<b>1.641</b>	1.301	2.571
Schärding	<b>1.786</b>	1.239	2.097	<b>1.734</b>	1.033	1.971	<b>1.891</b>	1.449	2.687
Steyr-Stadt	<b>2.475</b>	1.398	3.080	<b>2.601</b>	1.131	2.933	<b>2.319</b>	1.577	3.574
Steyr-Umgebung	<b>1.830</b>	1.323	2.230	<b>1.760</b>	1.145	2.079	<b>1.964</b>	1.518	2.931
Urfahr-Umgebung	<b>1.677</b>	1.224	2.023	<b>1.653</b>	983	1.914	<b>1.701</b>	1.378	2.491
Vöcklabruck	<b>1.939</b>	1.343	2.317	<b>1.835</b>	1.157	2.118	<b>2.139</b>	1.558	3.033
Wels-Stadt	<b>1.903</b>	1.314	2.267	<b>1.919</b>	1.093	2.072	<b>1.863</b>	1.387	3.211
Wels-Land	<b>1.883</b>	1.496	2.237	<b>1.691</b>	1.212	1.960	<b>2.097</b>	1.696	2.893
<b>Oberösterreich</b>	<b>1.942</b>	<b>1.405</b>	<b>2.355</b>	<b>1.801</b>	<b>1.144</b>	<b>2.085</b>	<b>2.142</b>	<b>1.604</b>	<b>3.082</b>

Die Beträge entsprechen dem „laufenden“ Median-Einkommen (= 14tel des Jahreseinkommens, d.h. ohne Sonderzahlungen). Basis für die regionale Zuordnung ist der Arbeitsort der Beschäftigten (inkl. Teilzeitbeschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne Lehrlinge und Beamte/-innen). Quelle: Beitragsgrundlagenstatistik der GKK OÖ, vorläufige Daten, Stand: Juli 2011; AK OÖ

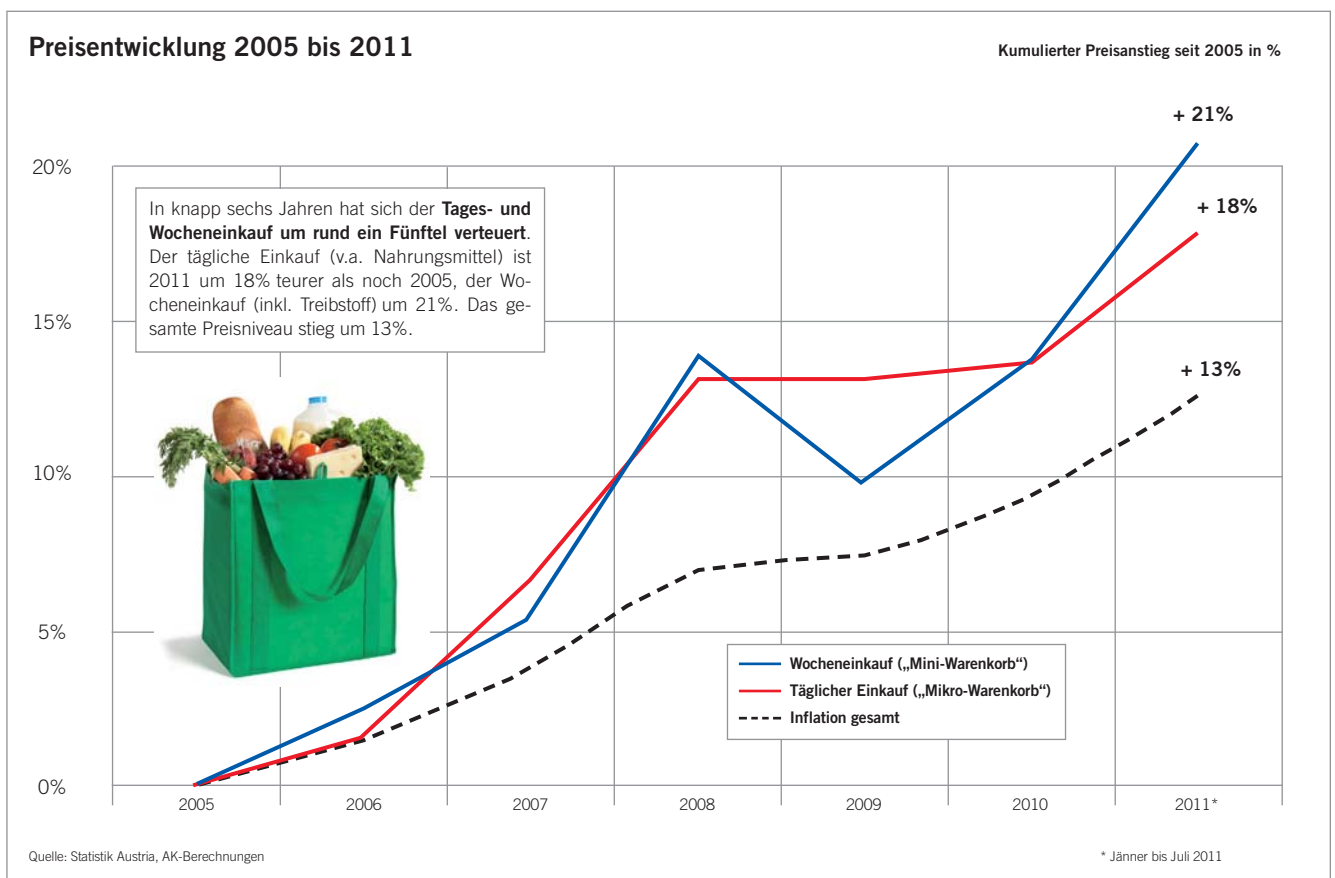
# PREISSTEIGERUNGEN SIND HOHE BELASTUNG

## TAGES- UND WOCHEN-EINKAUF SEIT 2005 UM EIN FÜNFTTEL TEURER

Nach krisenbedingt niedrigen Teuerungs-raten 2009 und 2010 klettern seit Jahresbeginn 2011 die Preise wieder auf Höhen, die das Geldbörstel der Menschen sehr belasten. 2011 werden die Güter und Dienstleistungen insgesamt um mehr als drei Prozent teurer sein als im Jahr zuvor.

Die Güter des täglichen und wöchentlichen Bedarfs weisen besonders hohe Preissteigerungen auf. Im Sieben-Monatszeitraum Jänner bis Juli 2011 kostete ein Tageseinkauf, der Güter wie Brot, Milch, Käse, Getränke und die Tageszeitung umfasst, um vier Prozent mehr als 2010. Für den

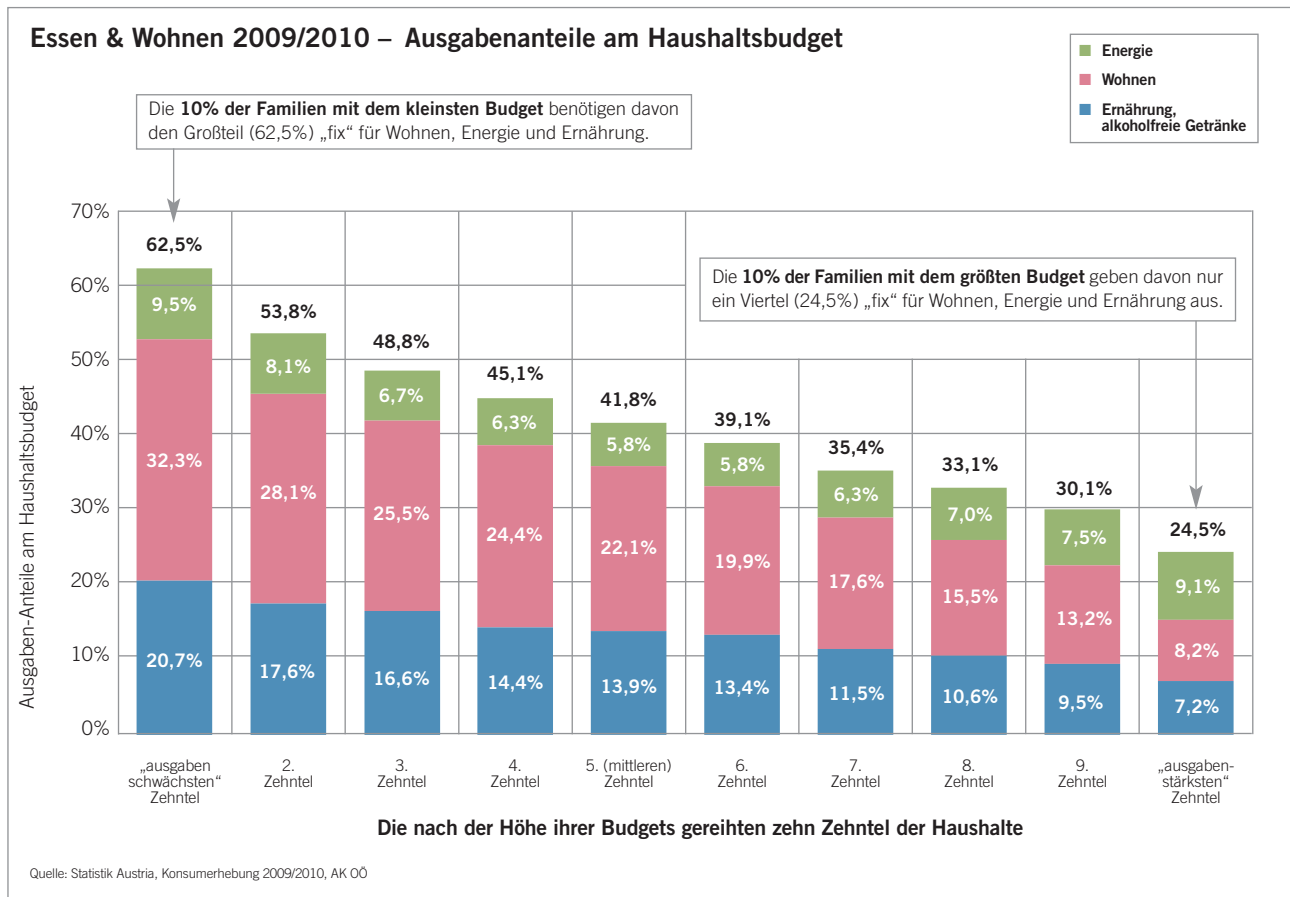
Wocheneinkauf, der neben Lebensmitteln auch Treibstoff und Zigaretten beinhaltet, mussten fast sieben Prozent mehr bezahlt werden. Allein in den letzten knapp sechs Jahren haben sich die Preise für den Tages- und Wocheneinkauf um 18 bzw. 21 Prozent erhöht:



Wird das tägliche Leben teurer, verringert sich der ohnedies geringe finanzielle Spielraum vieler Familien. Das schmerzt besonders jene, die nur wenig Geld zur Verfüg-

ung haben. Haushalte mit nur geringem Budget müssen für Essen, Wohnen und Energie deutlich mehr als die Hälfte ihres Geldes ausgeben. Das finanziell am bes-

ten ausgestattete Zehntel der Haushalte braucht von seinem vergleichsweise höheren Budget nur etwa ein Viertel für das Leben:



## ARMUT UND REICHTUM IN ÖSTERREICH

### EINE MILLION ARMUTSGEFÄHRDETE, DARUNTER 241.000 ARME TROTZ ARBEIT

Armut ist hierzulande für Hunderttausende Menschen Realität: 488.000 Personen, sechs Prozent der Bevölkerung, sind akut arm. Das bedeutet, dass sich fast eine halbe Million Menschen wesentliche Lebensstandards – etwa die Wohnung warm zu halten oder neue Kleidung zu kaufen – nicht leisten kann. Weitere rund 500.000 Menschen sind aufgrund geringen Einkommens von Armut bedroht. Von der rund einen Million von Armut betroffener oder gefährdeter

Menschen leben 141.000 in Oberösterreich. Wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens (inkl. Sozialleistungen und etwaiger weiterer Einkommen anderer Haushaltsmitglieder) zur Verfügung hat, ist armutsgefährdet. In Österreich entspricht diese Schwelle 2009 einem monatlich verfügbaren Gesamteinkommen (inkl. Sozialleistungen) von weniger als 994 Euro zwölfmal pro Jahr (bzw. 951 Euro bei 14-maliger Auszahlung) für einen Ein-Personen-Haus-

halt. Tatsächlich haben die armutsgefährdeten Menschen weniger als 823 Euro – im Median – zur Verfügung (706 Euro 14-mal). Für 241.000 Menschen bleibt das Einkommen trotz Erwerbstätigkeit und inkl. sonstiger Einkommen unter der Armutsschwelle. Rund die Hälfte dieser Gruppe (117.000 Personen) ist ganzjährig Vollzeit beschäftigt!

(Quelle: Statistik Austria, 2010, EU-SILC 2009)

## 73.900 EURO-MILLIARDERE MIT 230 MILLIARDEN EURO VERMÖGEN

Vom immensen privaten Reichtum profitiert nur eine kleine Gruppe in Österreich. Hierzulande gab es 2010 um etwa sieben Prozent mehr Millionäre/-innen als 2009: eine Million Euro aufwärts schwer sind 73.900 Personen in Österreich, darunter 11.900

Oberösterreicher/-innen. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation, Arbeitslosigkeit und Armut sind diese Reichen von 2009 bis 2010 um mehr als acht Prozent bzw. um 20 Milliarden Euro reicher geworden und besitzen nun 230 Milliarden Euro frei

verfügbares Vermögen – zusätzlich zu eigenem genutztem Wohnsitz, wertvollen Sammlungen oder Jachten. Dieser private Reichtum wird bis 2013 um mehr als acht Prozent pro Jahr auf 315 Milliarden Euro anschwellen.

(Quelle: Vermögensreport 2011 (Valluga AG))

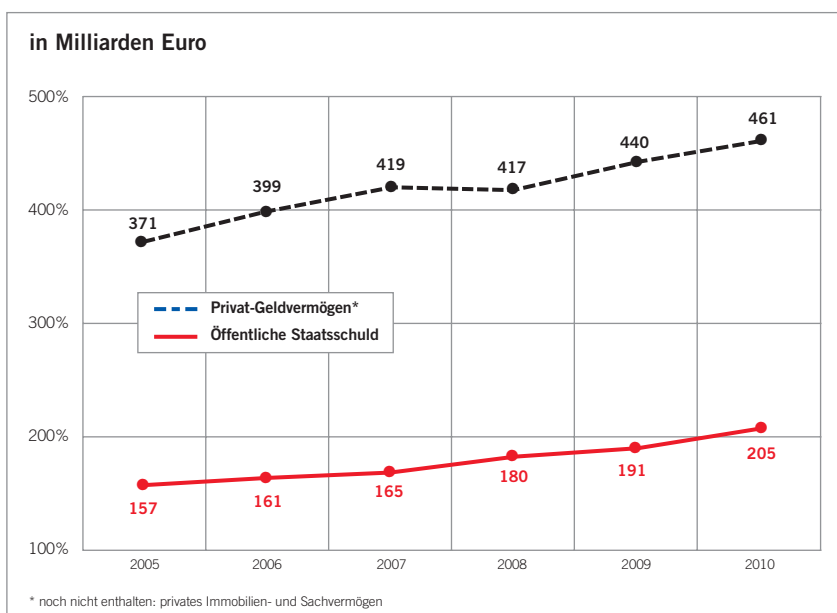
Österreichs reichste Personen bzw. Familien mit Milliarden-Privatvermögen:				
Familien Piëch und Porsche	33.800.000.000 €		Brüder Kaufmann	1.650.000.000 €
Familie Flick	6.800.000.000 €		Familie Pappas	1.500.000.000 €
Dietrich Mateschitz	5.000.000.000 €		Wolfgang Leitner	1.200.000.000 €
Johann Graf	4.000.000.000 €		Georg Stumpf	1.150.000.000 €
Karl Wlaschek	3.500.000.000 €		Melinda Esterházy	1.140.000.000 €
Heidi Horten	3.100.000.000 €		Familie Mayer-Melnhof	1.100.000.000 €
Familie Swarovski	2.300.000.000 €		Helmut Sohmen	1.000.000.000 €
Martin Schlaff	2.200.000.000 €		Thomas Prinzhorn	1.000.000.000 €
Frank Stronach	2.100.000.000 €		Familie Turnauer	1.000.000.000 €
Familie Kahane	2.000.000.000 €		<b>Gesamt</b>	<b>75.540.000.000 €</b>

Quelle: Trend 7/2011

Die Untergrenze [Anm.: für **gutes Leben**] liegt relativ niedrig: **Zehn Millionen Euro** würde ich sagen. Ja, denn wenn man die **gescheit anlegt**, sagen wir mal mit vier Prozent, kann man **von den Erträgen tadellos leben**.

Unternehmer, Schlossbesitzer und Kunstsammler Liaunig (in: Trend 7/2011)

## PRIVATER REICHTUM, ABER ÖFFENTLICHE ARMUT!



Österreich ist wirtschaftlich eines der reichsten Länder der Welt. Im Verhältnis zur Bevölkerung wird die weltweit neunthöchste Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) erzielt. Während die wirtschaftliche Gesamtsituation unsicher ist, Arbeitslosigkeit und Armut hoch sowie die öffentlichen Staatshaushalte aufgrund der durch Spekulation verursachten Finanzkrise verschuldet sind, wächst zugleich der private, extrem ungleich verteilte Reichtum. Allein das private Finanzvermögen von 461 Milliarden Euro (Ende 2010) ist mehr als doppelt so hoch wie die gesamte Staatsschuld 2010.

# FORDERUNGSPAKET DER ARBEITERKAMMER OÖ

## 1. Gerechter Anteil am erarbeiteten Wohlstandszuwachs: kräftige reale Lohnsteigerungen für mehr Kaufkraft

## 2. Gerechtes Entgelt

- **Mindestlohn** von 1300 Euro brutto
- **Gleicher Lohn** für gleiche / gleichwertige Arbeit
- **Deutliche Kaufkraftstärkung**, insbesondere bei niedrigeren Einkommen

## 3. Zügelung der Manager-Gagen

- **Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit**: Unangemessen hohe Bezüge dürfen nicht länger die Gewinnsteuern der Betriebe schmälern und dem Staat Steuerausfälle bescheren.
- **Prämien** an **soziale**, beschäftigungsrelevante und ökologische **Kriterien** knüpfen

## 4. Arbeit fair teilen durch Arbeitszeitverkürzung

- **ohne Einkommensverlust** und **mit Ausgleich beim Personal**
- Korrekte **Abgeltung** und **Abbau von Überstunden**, **höhere Zuschläge** statt Verbilligung
- Beseitigung kurzer Verfallsfristen von Ansprüchen und von nachteiligen „All-In“-Regelungen

## 5. Modernes Arbeitsrecht und Verbesserung des Sozialsystems

- **Existenzsichernde Leistungen bei Arbeitslosigkeit**: Streichung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe, Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 75 Prozent
- **Mindestsicherung auf existenzsicherndem Niveau** deutlich über der Armutsschwelle, die 2010 bei 1031 Euro zwölfmal im Jahr lag
- **Bekämpfung von Scheinselbständigkeit**: Erweiterung des Arbeitnehmer-Begriffs – nicht nur auf die persönliche, auch auf die wirtschaftliche Abhängigkeit ist Bezug zu nehmen
- **Volle arbeitsrechtliche Absicherung auch für freie Dienstnehmer/-innen**, damit auch für sie die Regeln über Mindestlohn, Arbeitszeit, Urlaub etc. gelten

## 6. Gerechte Steuern

- **Vermögenssteuer auf hohe Privatvermögen**, z.B. von mehr als 700.000 oder 1.000.000 Euro
- **Börsenumsatzsteuer** bis zur Einführung einer EU-weiten **Finanztransaktionssteuer**
- Deutlich **niedrigerer Einstiegssteuersatz** bei der **Lohnsteuer**

» Die Umverteilung zu Lasten des Lohnanteils hat **gesamtwirtschaftliche Folgen**.“ Sie führt „zu einer **Dämpfung der Konsumnachfrage** der privaten Haushalte, weil die **Konsumneigung aus Lohnneinkommen höher ist als jene aus Gewinn- und Vermögenseinkommen**.“

WIFO („Entwicklung und Verteilung der Einkommen“, Dezember 2010)

## INFORMATIONEN ZUR BROSCHÜRE

Mag.<sup>a</sup> Bettina Csoka, E-Mail: csoka.b@akooe.at

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz  
Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Nummer 133/2011, DVR 0077747  
Medieninhaberin und Herausgeberin:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ., Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Hersteller: Pecho

E-Mail: [wipol@akooe.at](mailto:wipol@akooe.at)

[www.arbeiterkammer.com](http://www.arbeiterkammer.com)

**AK**  
Oberösterreich